



Sind Aldi-Beschlüsse nicht rechtens?

Streit um Ansiedlung des Logistikzentrums bei Aligse eskaliert / Heute Ortsratssitzung

Von Achim Gückel

Aligse. Die Auseinandersetzung um die Ansiedlung des Aldi-Logistikzentrums südwestlich von Aligse wird zum Flächenbrand. Die Bürgerinitiative, die gegen das Projekt kämpft, zweifelt die Rechtmäßigkeit von Ratsbeschlüssen an. Zwischen Lehrtes Bürgermeister Klaus Sidortschuk und Aligses Ortsbürgermeister Frank Seger (beide SPD) wird indessen der Graben immer tiefer. Zudem kommt es am Dienstagabend zu einer Sitzung des Ortsrats Aligse-Kolshorn-Röddensen, in der Seger über die Einberufung einer erneuten Einwohnerversammlung zum Thema Aldi abstimmen lassen will und Sidortschuk ebenfalls das Wort ergreifen wird.

Im Kern geht es um das politische Beratungsverfahren zum Bebauungsplan für das Aldi-Projekt und dessen erneute öffentliche Auslegung. Im Mai waren die Nachbesserungen eingebaut worden. Sie beziehen sich auf den Lärmschutz für Anlieger der Ortsdurchfahrten in Aligse und Röddensen sowie auf eine zusätzliche Linksabbiegerspur an der Autobahnabfahrt, mit der Lastwagen

direkter zum Logistikzentrum geleitet werden sollen. Der Rat hatte den dem am 30. Mai mit großer Mehrheit zugestimmt, die Auslegung der Pläne sollte Mitte Juni beginnen.

Doch das Beratungsverfahren, das zum Ratsbeschluss führte, hat möglicherweise einen Mangel: Der Ortsrat hatte sich zuvor nicht mit dem Thema befasst. Das wäre aber ein „zwingendes verfahrensrechtliches Erfordernis“ gewesen, meint Otto Lüders von der Bürgerinitiative, die daher die Rechtmäßigkeit der Ratsbeschlüsse anzweifelt. Es müsse nun erst einmal eine Einwohnerversammlung geben, in der über die Än-

derungen im Bebauungsplan informiert wird. Um die nicht anberaumte Ortsratssitzung im Vorfeld der Ratsbeschlüsse am 30. Mai hatte es erheblichen Streit gegeben. Ortsbürgermeister Seger hatte der Stadt vorgeworfen, sie wolle im „Schweinsgalopp“ Beschlüsse durch die Gremien jagen und dem Ortsrat nicht genug Zeit lassen. Das politische Beratungsverfahren lief indessen unbeirrt weiter.

Sidortschuk selbst hat nach den Beschlüssen vom 30. Mai bei der Kommunalaufsicht um eine Einschätzung der rechtlichen Lage gebeten. Er habe zur Antwort bekom-

men, das Ratsvotum werde zwar nicht beanstandet, man halte eine Ortsratssitzung zu dem Thema aber sehr wohl für erforderlich, sagte der Bürgermeister gestern Mittag. Es gebe in dieser Gemengelage durchaus unterschiedliche Rechtsmeinungen, gab er zu. Um auf der sicheren Seite zu sein, möchte er nun, dass Seger unverzüglich eine Ortsratssitzung einberuft, in der die Beratungen und Empfehlungen nachgeholt werden. Dann werde der Rat der Stadt in der Sitzung am 27. Juni erneut über die Änderungen im Bebauungsplan und dessen Auslegung abstimmen.

In einer schriftlichen Aufforderung vom Bürgermeister an den Ortsbürgermeister aus der vergangenen Woche heißt es nun, die besagte Ortsratssitzung müsse bis spätestens 26. Juni stattgefunden haben. Sidortschuk weist Seger auch auf die im Kommunalverfassungsgesetz verankerte Pflicht hin, die Sitzung unverzüglich einzuberufen. Bis spätestens Montag sollte Seger einen Termin dafür genannt haben, die Stadtverwaltung werde dann alles Weitere veranlassen.

Das empfindet Seger als Affront. Es werde „zwischen den Zeilen ver-

sucht, mir die Führung des Ortsrats abzunehmen“. Er werde selbstverständlich eine Ortsratssitzung zu dem strittigen Punkten einberufen, Ort und Zeit dafür werde er aber erst „bei Gelegenheit mitteilen“. Dass er laut Gesetz bei einer solchen Aufforderung des Bürgermeisters „kein schuldhaftes Zögern“ erkennen lassen darf, ficht Seger nicht an.

In der Ortsratssitzung heute Abend ab 19.30 Uhr im Restaurant Konstantinus, in der die Beratung der strittigen Punkte noch nicht auf der Tagesordnung steht, will Seger nun zunächst über einen Antrag auf eine Einwohnerversammlung zum Thema Logistikzentrum abstimmen lassen. Diese müsse dann vor der umstrittenen Ortsratssitzung stattfinden, meint Seger. Das aber sei rein organisatorisch bis zum 26. Juni auf keinen Fall zu schaffen, sagt Sidortschuk. Die Lage ist also kompliziert und verfahren. Sidortschuk mahnt trotzdem zu Tempo. Er warnt davor, das Verfahren jetzt zu unterbrechen. Damit verzögere sich auch die erneute öffentliche Auslegung der Pläne – und somit die Gelegenheit für die Bürger, Stellungnahmen und Einwände abzugeben.

Bürgerinitiative verteilt Flugblätter

Die Bürgerinitiative Aligse-Röddensen-Kolshorn, die gegen das Aldi-Logistikzentrum kämpft, lässt auch bei der Mobilisierung der Bürger nicht locker. Am Wochenende hat sie in den drei Dörfern Hunderte von Flugblättern

verteilt, in der sie zur Teilnahme an der Ortsratssitzung am heutigen Dienstag in der Gaststätte Konstantinos, Peiner Heerstraße 18, wirbt. „Seid dabei und sagt Freunden und Nachbarn Bescheid“, heißt es in dem Schreiben. Die Ini-

tiative wirbt insbesondere für eine erneute Einwohnerversammlung. Nur dort könnten Fragen der Bürger von Fachleuten und politisch Verantwortlichen ausführlich beantwortet werden, sodass eine Diskussion möglich sei. ac